

Bezugspreis:

Wochenschrift 10,50 Mk., monatlich 3,30 Mk. ...

Telegramm-Adresse:

Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Komposition ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Mittwoch, den 5. November 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Die neuen Entente-Forderungen.

Die bereits in unserer Morgenausgabe angeklagte Entente-

- 1. Die interalliierte Kommission des Rheingebiets übernimmt die Geschäfte.
2. Die Militär-, See- und Luftdelegationen, die gegenwärtig als Militär-, See- und Luftkontrollkommissionen in Deutschland sind, übernehmen die Geschäfte.
3. Die Eisenbergutungskommission übernimmt die Geschäfte.
4. Uebertragung der Oberhoheit im Halle-Nemel und Danzig.
5. Uebergabe der Regierung im Saarbecken.
6. Uebergabe der zeitweisen Regierung im Gebiete Oberschlesien.
7. Uebernahme der zeitweisen Verwaltung in dem Gebiete von Schleswig.
8. Beginn der Frist von 15 Tagen, in welcher die Räumung und die Uebergabe der vorläufigen Verwaltung in den Gebieten stattfinden wird.
9. Beginn der 14tägigen Frist, innerhalb deren die Abgrenzungskommissionen ihre Tätigkeit beginnen sollen.
10. November 1919 bevollmächtigte Vertreter nach Paris zu entsenden, um:

1. im Einverständnis mit den Vertretern der Entente die Einsehungsbedingungen der Regierungs-, Verwaltungs- und Volksabstimmungskommissionen sowie die Uebergabe der Vollmachten und Dienstbefugnisse, den Einzug der interalliierten Truppen, die Räumung durch die deutschen Truppen, die Ersetzung der bezeichneten deutschen Behörden und alle oben vorgesehene Fragen zu regeln.
2. im Einverständnis mit dem Generalfstab Hoch die Transportbedingungen der interalliierten Truppen zu regeln.

Es folgt nun

das Protokoll,

worin Deutschland anerkennt, verschiedene Verpflichtungen des Waffenstillstandsvertrags nicht erfüllt zu haben, gewissermaßen Strafe für Scapa-Flow verdient zu haben und sich zu folgendem verpflichtet:

- 1. A) Als Wiedergutmachung für die Zerstörung der deutschen Flotte in Scapa-Flow abzuliefern:
a) Innerhalb 60 Tagen folgende 5 leichte Kreuzer: Königsberg, Pillau, Graubenz, Regensburg und Straßburg.
b) Innerhalb 90 Tagen in vollständig gutem und gebrauchsfähigem Zustand an schwimmenden Docks, schwimmenden Kränen, Schleppern und Baggern eine solche Anzahl, die insgesamt 400 000 Tonnen ergibt.
B) Innerhalb 10 Tagen eine genaue Liste aller Schwimmdocks, Schwimmkräne, Schlepper und Bagger, die deutsches Reichseigentum sind, zu übergeben.
C) Die Offiziere und Mannschaften, welche die Besatzung der in Scapa-Flow versenkten Kriegsschiffe bildeten, und die jetzt von den alliierten und assoziierten Hauptmächten festgehalten werden, werden mit Ausnahme derjenigen, deren Auslieferung in Artikel 228 des Friedensvertrags vorgesehen ist, spätestens nach Erfüllung der vorstehenden Bedingungen zu A und B durch Deutschland heimgeschickt.
2. Innerhalb 10 Tagen abzuliefern die Maschinen und Rotoren der Unterseeboote U 137, U 138 und U 150 als Entschädigung für die Zerstörung des Unterseeboots U. C. 48, ferner die 3 Motoren des Unterseeboots U 146, die noch als Entschädigung für die in der Nordsee zerstörten Unterseeboote abzuliefern sind.
3. Den alliierten und assoziierten Regierungen - den Wert des (nach Neutralität) ausgeführten Luftfahrzeugmaterials gemäß der Entscheidung und Abschätzung zu zahlen, die durch den in Artikel 210 des Friedensvertrags vorgesehene Luftfahrzeugüberwachungsausschuss erfolgen wird.
4. Sofern Deutschland diesen Verpflichtungen in den oben vorgesehene Fristen nicht nachkommen sollte, behalten sich die alliierten und assoziierten Mächte vor, alle militärischen und andere Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, die sie für angezeigt erachten.

Wie und aus Kopenhagen gebracht wird, dürfte das Friedensblatt am 11. November in Kraft treten.

Zimmermann als Politiker.

Der sechste Tag der Untersuchungskommission beginnt in stark gelichtetem Saal. Das Sensationspublikum hat sich verlaufen, nur die Professionspolitiker sind geblieben.

Zunächst befragt der Vorsitzende, Herr Warmuth, den Grafen Bernstorff noch einmal über die deutsche Beeinflussung der amerikanischen Presse vor dem Bruch. Herr Warmuth ist erstaunt, bei dieser Gelegenheit zu hören, daß es in Amerika auch eine deutschgesinnte Presse gibt.

Dann wird der arme Zimmermann wieder wegen seiner „taktischen Manöver“ geplatzt. Herr Zimmermann hatte den Friedensschritt Wilsons als von englischer Seite beeinflusst bezeichnet. Graf Bernstorff versichert dagegen, ganz Amerika sei einer Meinung darüber gewesen, daß der Friedensschritt Wilsons den Deutschen zu Gefallen erfolgt sei.

Die Friedensaktion Wilsons war von deutscher Seite angeregt. Trotzdem sagte Zimmermann der Presse, das deutsche Friedensangebot sei gemacht worden, um die Aktion Wilsons kaputtzumachen; er stellte die Dinge so hin, als ob Wilsons Friedensschritt englische Mode wäre. Derselben unhaltbaren Auffassung hat dann auch Sindenbug in militärisch kräftiger Weise Ausdruck gegeben. Herr Zimmermann sucht sich aus dieser Bedrängnis nach Neutralität zu retten, indem er sich dauernd auf Informationen beruft, die er von dort erhalten hätte. Also, während Herr Zimmermann in seinen Instruktionen Bernstorff auffordert, Wilson als seinem Friedensschritt zu ermuntern, „erfährt“ er aus dem neutralen Ausland, daß Wilson unter englischem Einfluß einen Friedensschritt plane. In diesem Augenblick, der wohl geeignet wäre, einen Komödiendichter zu begeistern, fällt jäh der Vorhang. Konful Müller vom Auswärtigen Amt macht darauf aufmerksam, daß es nicht angehe, vertrauliche Äußerungen neutraler Staatsmänner ohne deren Zustimmung in öffentlicher Sitzung zu behandeln. Um 11 Uhr verkündet der Vorsitzende den Ausschluß der Öffentlichkeit.

Eine Viertelstunde später wird die Öffentlichkeit wiederhergestellt. Herr Dietrich Schäfer wünscht vom Grafen Bernstorff zu wissen, ob er den Versuch gemacht habe, die besonderen amerikanischen Interessen gegen die englischen auszuspielen. Er erwähnt in geheimnisvoller Weise den Fall des Professors Münsterberg, der für Deutschland wirkte und dann eines plötzlichen Todes starb. Graf Bernstorff versichert, daß nach seiner Ueberzeugung Münsterberg einem Schlaganfall erlegen sei.

Dann wendet sich das allgemeine Interesse wieder Herrn Zimmermann zu. Einzelheimer hält ihm vor, er habe in einer Zusammenkunft mit etwa 50 Pressevertretern über die „Freiheit und Unverschämtheit“ Wilsons geredet, dem wir „die Maske vom Gesicht gerissen“ hätten. Zimmermann kann sich nicht erinnern. Es sollen Zeugen vernommen werden, die sein Gedächtnis stärken.

Herr Warmuth geht dann dazu über, Herrn v. Bethmann über seine Stellung zum unbefchränkten U-Boot-Krieg zu befragen. Er liest Ausführliches aus den Akten vor, woraus hervorgeht, daß Bethmann lange Zeit hindurch die Tirpizerei mit klaren Gründen bekämpfte und so ziemlich alles vorausgesagt hatte, was aus ihr erwachsen würde. Erst im Weihnacht 1916 beginnt Bethmann langsam zu werden und zu schwanken. Er erklärt das jetzt damit, daß er um diese Zeit keinen durchschlagenden Grund gegen die Pläne der Militärs zur Verfügung hatte, denn die Haltung der Entente habe keine Spur von Verhandlungsbereitschaft gezeigt.

Herr v. Bethmann, der beinahe ein konsequenter Gegner des U-Boot-Kriegs gewesen wäre, erzählt dann, wie er beinahe ein konsequenter Anhänger des U-Boot-Kriegs geworden wäre. In den ersten Monaten hatten sich die Verhältnisse für England höchst bedrohlich gestaltet. Dadurch sei England beinahe verhandlungsbereit gemacht worden. Bethmann scheint sich in den Gedanken eingeschlossen zu haben, daß er entweder mit Hilfe des U-Boot-Kriegs oder doch trotz des U-Boot-Kriegs zum Frieden hätte kommen können, wenn er nicht gestürzt worden wäre.

Einzelheimer will wissen, ob nicht im Januar noch Möglichkeiten bestanden, vom U-Boot-Krieg abzublenden und eine Friedensvermittlung Amerikas zu erreichen. Herr v. Bethmann antwortet gereizt, und auf die weitere Frage, ob er am 9. Januar also doch für den U-Boot-Krieg gewesen sei, antwortet er mit einem Temperamentsausbruch, der einen Teil der Zuhörer zu Weiskalbezeugungen hinreißt. Aber dieser Ausbruch ist doch nur ein Ausbruch vor dem Augenblick, daß er am 9. Januar 1917 aus einerseits und andererseits bestanden hat. Dabei kommt die Sprache auf die Tatsache, daß Gelferich noch am 9. Januar in einem Telegramm vor den unbefchränkten U-Boot-Krieg gewarnt hat.

Man unterhält sich dann noch weiter über den Wert volkswirtschaftlicher Sudoaten und die Möglichkeiten oder Unmöglichkeiten des U-Boot-Kriegs.

Die Baltikum-Verschwörung.

Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, sind in den letzten Tagen zwei Zentralstellen der Anwerbung für das Baltikum in Berlin ausgehoben worden. In der einen wurde angetroffen und festgesetzt der Sohn des Generals v. d. Goltz. In seinem Besitz befand sich ein als „vertraulich und geheim“ bezeichnetes Schriftstück, das die Namen verschiedener im Auswärtigen Amt tätiger Herren enthielt, die von dort aus als Vertrauensleute die baltische Sache schrieben.

Reuter meldet aus London: Im Unterhaus erklärte Churchill in Erwiderung einer Anfrage, das verfügbare Beweismaterial zeige, daß die Stärke der deutschen Streitkräfte in den baltischen Staaten etwa 85 000 Mann betrage, von denen 15 000 Mann anscheinend gewillt seien, nach Deutschland zurückzukehren, die übrigen 20 000 seien den deutschfreundlichen russischen Truppen unter Vermond beigetreten, dem Judenitisch die Anerkennung verweigert und den er in die Acht erklärt habe.

Nach Angabe der deutschen Regierung sind bis jetzt 5500 Mann zurückgekehrt. (Red. d. „S.“)

Bei Tauroggen gingen 1000 Deutsche nach Vitauen, sie konnten bis jetzt nicht zur Rückkehr bewogen werden.

Der politische Generalstreik.

An der Spitze der „Freiheit“ veröffentlicht der Rote Volksgesandte und die Berliner Parteileitung der U. S. P. D. und A. P. D. in Gemeinabsicht mit der Fünftehnerkommission ihren Aufruf zum Generalstreik. Dieser Aufruf hat wenigstens den einen Vorteil, daß er Klarheit schafft. Der Verdacht, daß es gewisse Drahtzieher von Anfang an darum zu tun war, den wirtschaftlichen Streik zu einem politischen zu machen, findet hier vollste Bestätigung. Heißt es doch wörtlich in dem Aufruf:

Die sozialrevolutionären Parteien, die U. S. P. und A. P. D., unterstützen den jetzt politisch gewordenen Kampf.

Das genügt, und genügt namentlich, um die Haltung der S. P. D. vollaus zu rechtfertigen. In dem Artikel des Genossen Franz Krüger der Mittwoch-Morgennummer ist in ungewohnter Weise klargestellt, daß in politischen Streiks die Solidarität nur für diejenigen gilt, die auf dem politischen Boden der Veranstalter stehen. Für die Anhänger der Sozialdemokratie wäre es der reine Wahnsinn, wenn sie einen politischen Streik der U. S. P. und A. P. D. unterstützen wollten, der sich nicht zuletzt gegen sie selber richtet.

Nun wird zwar in dem Aufruf behauptet, das Ziel sei die Aufrechterhaltung der letzten revolutionären Errungenschaften, des Mitbestimmungsrechts in den Betrieben. Wir sehen ganz davon ab, daß dieses Mitbestimmungsrecht in der nächsten Zeit durch das Betriebsrätegesetz gefährdet verankert wird, das also von einer grundsätzlichen Gefährdung des Rechtes schon von vornherein keine Rede sein kann. Aber betrachten wir den praktischen Fall in der Metallindustrie, so besteht zwar eine Differenz zwischen Unternehmern und Arbeitern über die Modalitäten der Wiedereinstellung der Vertrauensleute, aber doch nur über die Modalitäten, nicht das Prinzip. Die Frage ist nur im wesentlichen, ob ihr früheres Mandat weiter gilt, oder ob sie sich einer Neuwahl unterziehen müssen. Gerade die Linkradikalen, die Kommunisten usw., sind ja sonst für fortwährende Neuwahl der Arbeiterräte und für die Modalitäten ihrer jederzeitigen Uebernahme; gerade sie sind noch ihren theoretischen Bekenntnissen die ungeeignetsten Vertreter einer Fortdauer der Mandate, die im übrigen auch wir wünschen. Aber die radikalen Führer selber, die Rusch und Müller, sind ursprünglich der Ansicht gewesen, daß dieser Punkt keine genügende Grundlage für eine Generalstreikparole abgibt. Wird jetzt gleichwohl der Generalstreik proklamiert, so zeigt das, daß die politischen Gesichtspunkte über die gewerkschaftlichen gesiegt haben und daß das Ganze auf nichts weiter hinausläuft, als auf eine politische Machtprobe der Radikalen gegen die jetzige Regierung, zu der wir unsere Hand niemals bieten werden.

Der Sitzungsbericht.

Die Sitzung beginnt um 10 1/2 Uhr mit Fragen an Bernstorff.

Vorsitzender Wurmuth: Bisher ist die Frage nur wenig berührt worden, wie die Stimmung in den Vereinigten Staaten gegen Deutschland vergiftet worden ist, und zwar durch die Tätigkeit der Presse und der Films. Ich möchte feststellen, inwiefern die deutsche Botschaft demüthigt gewesen ist, diesem vergiftenden Einfluss entgegenzuwirken. Prolog ist er für das Verhalten Wilsons von großer Bedeutung gewesen, weil eine starke deutschfeindliche Stimmung in Amerika auf seine Außenpolitik einwirken mußte, während eine starke deutschfreundliche Politik vielleicht Wilson veranlaßt hätte, in stärkerer Weise die Friedensbemühung in die Hand zu nehmen.

Graf Bernstorff: Es ist eine Tatsache, daß infolge der Absperrung Deutschlands sehr große technische Schwierigkeiten entstanden, um unsere Anschaffung von der Lage vor das amerikanische Publikum zu bringen. Wir haben es nach jeder Richtung hin versucht. Es war aber tatsächlich technisch unmöglich, es immer mit Erfolg zu tun, weil unser Koffer gerührt war und die englischen nicht benutzt werden konnten, so daß uns nur der drabstlose Weg übrig blieb. Wir haben an jedem Tage soviel Telegramme bekommen, als technisch möglich war, und sie in die amerikanische Presse gebracht. Die englische Presse war den Amerikanern in der Ursprache zugänglich. Auch dadurch waren wir im Nachteil.

Vorsitzender Wurmuth: Von einem amerikanischen Informationsbureau sind dann Meldungen über angebliche deutsche Greuelthaten verbreitet worden. Dagegen mußte eingeschritten werden, um die Phantasie dieses Redaktionsstabes zu stoppen. Was ist von Seiten der Botschaft dagegen geschehen?

Graf Bernstorff: Das amtliche amerikanische Informationsbureau wurde erst nach Ausbruch des Krieges eingerichtet. Wegen die Tendenzmeldungen sind wir in weitestem Maße eingeschritten, aber die englische Propaganda war und durch ihre technischen Leistungen überlegen. Ich standen alle Möglichkeiten zur Verfügung; wir kamen immer hinterher.

Vorsitzender Wurmuth: Ein Einfluß auf die amtliche Berichterstattung hätte Ihnen wohl zugestanden; ein solcher auf die private war aber wohl ausgeschlossen?

Graf Bernstorff: Ich habe mich persönlich mit diesen Dingen nicht befaßt, um meine amtliche Stellung nicht zu gefährden. Wir hatten aber in New York privatim

eine eigene Propagandastation,

die zuerst unter der Leitung von Debnug und dann unter der der Geheimräte Albert und Schür stand. Bernburg hat zuerst eine außerordentlich erfolgreiche Tätigkeit entfaltet; er hat dann auch öffentlich Reden gehalten. Dadurch ist er bei der amerikanischen Regierung mitleidig geworden, weil sie glaubte, daß dadurch die Deutschamerikaner gegen die amerikanische Regierung in Bewegung gesetzt werden sollten. Ich konnte in diese Tätigkeit nicht eingreifen, weil ich mich damit in Gegensatz zur amerikanischen Regierung gestellt hätte. Es wurde eine Filmgesellschaft gegründet, ein Nachrichtenbureau, und es geschah alles, was möglich war.

Vorsitzender Wurmuth: Ihre Stellung legte Ihnen eine starke Reserve auf?

Graf Bernstorff: Ich durfte nicht an die Öffentlichkeit treten und wäre sonst in einen Kampf mit der Presse gezogen worden.

Vorsitzender Wurmuth: War es nicht unterirdisch möglich, Einfluß auszuüben gegen die ungünstigen englischen Presseberichte? Es haben doch auch zahlreiche Protestversammlungen der Deutschamerikaner stattgefunden.

Graf Bernstorff: Ich weiß nicht, daß das Möglichste getan wurde. Auf eine Anfrage Dr. Singheimers über die

Haltung der amerikanischen Presse

zur Friedensaktion Wilsons erklärt

Graf Bernstorff, daß Wilson wiedergewählt wurde unter der Parole, daß er das Land vom Kriege ferngehalten habe. Unter der Oberfläche war verbreitet worden, daß er versuchen würde, den Frieden wieder herzustellen. Rast die gesamte Presse war damals damit einverstanden, daß Wilson diesen Versuch machte, besonders die Hearstpresse.

Abg. Dr. Singheimer (Soz.): Staatssekretär Zimmermann hat hier erklärt, daß die Ansicht bestand, die Wilsonsche Friedensbemühung stände unter englischem Einfluß. Auch Hindenburg hat sich so geäußert.

Graf Bernstorff: In Amerika herrschte die gerade entgegengesetzte Anschauung. Als Wilson mit seiner Friedensaktion hervor-

trat, bestand durchweg die Anschauung, daß sie unter deutschem Einfluß geschehen sei.

Staatssekretär a. D. Zimmermann verweist auf den Bericht eines Geandten, der eine Unterredung mit einem neutralen Minister hatte. Danach erklärte der Minister, daß der Schritt Wilsons dahin gedeutet werde, daß er den Jwed verfolgt habe, die Zentralmächte /

Im Interesse Englands

zur Bekanntgabe ihrer Bedingungen zu zwingen. Für derartige Wendungen, betonte der Minister, wünsche er sich nicht vorspannen zu lassen. Auf diese Grundlage läge ich meine Ansicht.

Professor Dietrich Schäfer: In einem Bericht eines englischen Agenten vom Juli oder August 1916 an Grey wird gesagt, daß man in England dafür sorgen müsse, einen neuen Lusitania-Fall zu schaffen. Das würde dazu beitragen, die von einer Reizung für Deutschland durch die amerikanische Stimmung in die entgegengesetzte Richtung zu treiben.

Graf Bernstorff: Ich bin fest überzeugt, daß die Engländer seit der Lusitania nichts anderes gewünscht haben als möglichst bald einen neuen Lusitania-Fall. Ihre ganze Politik war ja darauf gerichtet, Amerika in den Krieg hineinzuziehen. Das Hauptziel meiner Politik war, unter allen Umständen Amerika dem Kriege fernzuhalten.

Abg. Gothein: Staatssekretär Zimmermann beruft sich auf die Unterhaltung eines unserer Geandten mit einem neutralen Minister. Dieser Bericht ist aber vom 24. Dezember datiert, während Herr Zimmermann wesentlich früher schon Stellung genommen hat. Ich bitte diese Differenz aufzuklären.

Staatssekretär Zimmermann: Ich hatte genau dieselben Empfindungen, wie sie jener Minister zum Ausdruck gebracht hatte, bereits früher. Ich land hier nur eine Bestätigung meines Urteils. Wann aber soll ich mich darüber geäußert haben? (Vorsitzender Wurmuth: Februar 1917?) Das war allerdings erheblich später.

Abg. Gothein: Die Informationen für die Presse sind bereits vor dem 24. Dezember erfolgt.

Staatssekretär a. D. Zimmermann: Die Aktion Wilsons war damals noch gar nicht erfolgt. Bei der Information der Presse habe ich diejenigen Mittel gewählt, die mir tatsächlich richtig erschienen, um sie zu einem Eintreten für unsere Aktion zu veranlassen.

Abg. Dr. Singheimer: In dem Bericht jenes auswärtigen Staatsmannes, auf den Sie sich stützen, heißt es auch: „Am 22. Dezember. Die amerikanische Note, die heute mittag hier bekannt wurde, hat jenen Staatsmann überrascht. Er bemerkte, er habe nicht soviel von Wilson erwartet. Die Rede der englischen Presse beweise, wie unbedeutend in der Schritt des Präsidenten bei den Alliierten empfunden werde. Für besonders beachtenswert hält Herr ... die Erklärung, die Lansing in Ergänzung der Note abgegeben hat. Der betreffende Herr äußerte wörtlich: Wenn man sich etwas mehr auf die Vereinigten Staaten verlassen könnte (Staatssekretär Zimmermann: Hört, hört!) und wenn sie nicht so oft enttäuscht hätten (Zimmermann: Hört, hört!), wäre die Ausrufung Sanjungs weniger als eine Enttäuschung an die Presse der Alliierten aufzufassen, jedenfalls könnte der Schritt dem Frieden dienen, man müsse zunächst den Erfolg abwarten, daß die Friedenspartei in Frankreich und England dadurch wesentlich gestärkt würden, ununtergebrochen keinem Zweifel. Die Stimmung in Rußland scheint allerdings gegenwärtig sehr steigend zu sein, aber bei den anormalen und korrupten Zuständen in Rußland könne sie schnell umschlagen.“

Zimmermann: Ich habe die Unterredung mit der Presse am 12. Dezember gehabt. Mir liegt nun ein Telegramm vom 22. Dezember vor, das zum Friedensschritt Wilsons Stellung nimmt. Da wurde die Ansicht des Ministers, der vollen Steps war, unterstrichen „wenn man sich etwas mehr auf die Vereinigten Staaten verlassen könnte“ und „wenn die amerikanische Regierung nicht so oft enttäuscht hätte“.

Da finde ich allerdings eine Bestätigung meiner Steps gegenüber dem Friedensschritt des Präsidenten.

Abg. Dr. Singheimer: Ich habe meine Frage angeknüpft an die Behauptung des Staatssekretärs Zimmermann, daß das Wilsonsche Angebot auf England zurückzuführen sei.

Zimmermann: Wann habe ich die Behauptung aufgestellt? (Zuruf: Im Februar!) Also erheblich später, da lag der Bericht aus dem Auslande noch nicht vor. Im Februar übersah ich die Sachlage vollkommen.

Abg. Dr. Singheimer: Ich werde Ihnen diese Äußerung nachher vorlegen (Zimmermann: Bitte.) Warum wurde damals gerade der Friedensschritt Wilsons von den französischen Nationalisten, Clemenceau um. so lebhaft belächelt?

Zimmermann: Ich kann die Gründe, die Herrn Clemenceau und andere Nationalisten bewegten, nicht gut entwickeln (Zeitverf.), ich könnte nur Vermutungen äußern.

müsse. Ich belam aber meine Einstellung bestätigt und so konnte ich mir wenigstens das Bezirkskommando vom Hals halten. Ich erbat mir nur einen vierzehntägigen Urlaub zur Beschaffung von Arbeitskleidern, denn in dieser Kunst und mit diesen Trübsalen kann ich doch in der Bekleidung nicht arbeiten. Das war dem Herrn auch einleuchtend, er bewilligte den Urlaub mit der verbindlichen Bemerkung: „Da wird wohl überhaupt nichts daraus werden. Das war auch meine aufrichtige Meinung. Als die Zeit um war, entschuldigte ich mich mit Krankheit. Prompt forderte wieder unter Strafandrohung das Bezirkskommando Arglist oder Stellung zur militärischen Unterordnung. Ich zog das erstere vor und sandte ein Attest ein, wonach ich wegen eines schweren Verleidens zu keinerlei körperlicher Arbeit fähig sei. — Und doch ließ man mich nicht in Ruhe. An einem frühen Aluminumswecke Lavois — natürlich auch weit weg von meinem Wohnort — sollte ich wieder eine Bureaupflicht erhalten. Es ging also wieder aufwärts. — Lebenslauf, einfallen. — Freistellung, Strafandrohung. Und wieder sollte ich von meiner ruhmvollen Vergangenheit mit allen ihren Maßregelungen und Verfolgungen und Gefängnisstrafen und allen sonstigen Dingen plaudern. Ich tat dies in der mir am geringsten erscheinenden Form. Hier hatte ich den Erfolg, daß ich postwendend die Abgabe erhielt. Ich hatte nämlich u. a. auch mein Organisationsatent gerührt, das ich für Partei und insbesondere für den Metallarbeiterverband so oft betätigt. Man soll sich nicht selber loben, aber hier war es Mittel zum Zweck, und diesen Zweck hatte ich glänzend erfüllt.

Aber gab wie Dosenleber, so war das Bezirkskommando hanteln Hilfsdienstausdruck. Noch einiger Zeit erhielt ich die Nachricht, daß in dem Werke Lavois doch meine Beschäftigung mit schriftlichen Arbeiten möglich sei. Ich mußte mich aber persönlich vorstellen. — Strafandrohung. — Aber dachte, dachte, diesmal sollte es nicht so schnell gehen. Ich schrieb den Hilfsdienstausweis im Bezirkskommando, daß man unmöglich verlangen könne, daß ich auch diese zweitägige Reise auf eigene Kosten machen soll, lediglich um der persönlichen Vorstellung willen, die noch nicht einmal meine Einstellung zur Folge haben brauchte. Meine Weigerung sollte in diesem Falle nicht bestraft werden, das läge nicht im Sinne des Hilfsdienstgesetzes. Nach langer Zeit belam ich die Mitteilung, daß das Werk sich bereit erklärt habe, mir das Rechtgeld 3. Klasse zu ersetzen, wenn ich hinauslie. Und nun mußte ich wohl oder übel mich auf die Reise machen nach dem ungeliebten Werke, das von einem Revolverstrahl geleitet wurde. Dessen Vertreter empfing mich mit den Worten:

„Sie sind also der H., sagen Sie mal, was sind Sie denn für ein Mensch! Was für Schwereien und was für Telefonierereien wir wegen Ihnen haben erbeiben können, das ist ja unerhör!“

„Ja, aber ich bin daran ganz unschuldig, ich kann für diese Ihre Befähigungen ebensowenig, wie ich den Weltkrieg nicht verhandelt habe.“

„Das glaube ich Ihnen aufs Wort, aber was ist denn mit Ihnen los? Nicht wahr, die Sache ist doch so. Sie haben eine gute Existenz zu Hause, Sie wollten gar nicht fort, Ihnen liegt gar nichts an uns, und man will Sie unter allen Umständen dort fort haben und uns aufzwingen. Wir wollen doch ehrlich sein, nicht wahr, so ist's?“

Auf Fragen des Abg. Dr. Gahn gibt Graf Bernstorff sodann nochmals Auskunft über die

Beziehungen der Botschaft in Washington zum Deutschen Generalkonsulat

in New York.

Minister David: Aus welchen Gründen hat Staatssekretär Zimmermann geglaubt annehmen zu können, daß die Friedensaktion Wilsons von England angetragt wurde sei? In England waren kurz vorher Grey und Asquith saliggestorben worden, Lloyd George war zur Herrschaft gelangt. Dieser Vorgang wurde darauf zurückgeführt, daß beide mit dem Gedanken eines Friedens ohne Sieg gespielt hätten, während Lloyd George den Krieg bis zur Niederwerfung Deutschlands fortführen wollte. Er hielt damals seine Knodout-Keds. Darin sagte er etwa, man hätte sich vor jeder Intervention auf Seiten der Neutralen, die Stunde dafür sei nicht gekommen. Wir in Deutschland haben das aufgefaßt als

eine Warnung an Wilson

und waren der Ueberzeugung, der Sturz Grey und Asquith habe seinen Grund darin, daß sie ihrerseits eine Intervention von Amerika gern sehen würden. Der Tatsachenbestand sprach aber gegen die Annahme, daß Lloyd George Wilson etwa zu einer Friedensaktion veranlaßt. Die Auffassung des Staatssekretärs Zimmermann ist von ungeheurer Tragweite, weil sie von Generalfeldmarschall Hindenburg geteilt wurde, wie aus einem Telegramm hervorgeht. Sie widerspricht auch dem Tatsachenbestand, daß Wilson tatsächlich von uns zur Friedensaktion angeregt worden sei. Das mühten wir ja. Darum ist es um so überraschender, wenn der Generalfeldmarschall sich in der Auffassung befand, daß Lloyd George die Friedensaktion angeregt habe. Ich frage: Wußte der Generalfeldmarschall, daß die Friedensaktion Wilsons von der deutschen politischen Leitung angeregt war?

Konful Wüller: Es sind hier Vorgänge in neutralen Staaten berührt, und es ist auf die Berichterstattung aus diesen Staaten hier Bezug genommen worden. Es sind leicht unrichtige Schlüsse möglich. Deshalb bitte ich, von einer Erörterung dieser Dinge in öffentlicher Verhandlung abzuziehen.

Vorsitzender Wurmuth: Der Ausschuß trägt diesem Wunsche Rechnung. (Widerpruch.) Die Bedenken sind zureichend, es könnten Schlüsse auf einen bestimmten neutralen Staat gezogen werden. Infolgedessen schließe ich bis zur Beilegung dieser speziellen Frage die Öffentlichkeit aus.

Rach

Wiederherstellung der Öffentlichkeit

fragt Sachverst. Prof. Dietrich Schäfer nach den Treibereien, denen Professor Rünterberg durch alle proenglischen Elemente in den Vereinigten Staaten ausgesetzt war, welchen er ein Dorn im Auge war.

Graf Bernstorff: Bis zum Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg wurde von der Entente jedes nur irgendwie denkbare Mittel angewendet, um alle Deutschen aus den Vereinigten Staaten herauszubringen. Jede persönliche Verunglimpfung mußte dazu dienen. Allerdings will ich nicht so weit gehen, zu behaupten, daß Professor Rünterberg von englischen Agenten umgebracht worden ist. Er ist einem Schlaganfall erlegen. Tatsache aber ist, daß er gesellschaftlich und politisch wie wir alle hohlstüft wurde.

(Schluß in der Morgenansage.)

Amnestie in Deutschösterreich.

Die Amnestievorlage, welche der Nationalversammlung in Wien am 15. d. J. beschlossen wurde, ist umfassender als alle bisherigen Amnestien.

Staat und Kirche in Tschechien.

Auf einen offenen Brief des Erzbischofs von Olmütz an den Präsidenten der Republik, Masaryk, hat dieser geantwortet, daß nur die vollständige Trennung von Kirche und Staat ein erprobtes Zusammenleben beider gewährleisten könne. Das Schicksal Oesterreich-Ungarns sei hierfür ein beachtenswertes Beispiel. Der Religionsunterricht in den Schulen sei ein Problem für sich, es handle sich dabei auch um eine Erziehungsfrage. Die Enteignung der Kirchengüter, wie sie das Gesetz vordrucke, sei keine Konfiskation. Durch Loslösung der Religion von der Politik strebe er eine Hebung der Ethik an.

„Und ob ich ehlich sein will: freilich, freilich, so ist's. Sie wissen mir großes Vertrauen an, Ihnen gegenüber mache ich aus meinem Herzen keine Wäldergrube.“

„Aun ja, ich weiß ja auch alles; und dann sind Sie ja auch krank. Was fehlt Ihnen? Ka warten Sie, ich werde Ihnen einen Vermerk machen, daß Sie ein für allemal in Ruhe gelassen werden.“

„Wegen seines leidenden Zustandes können wir den H. in anserem Betriebe unter keinen Umständen brauchen.“

Damit entließ er mich. Ich liquidirte die Rechnung für ausgelegtes Fröhrgeid, und als ich der Anweisung erhielt, sagte der Werkleiter: „Sehen Sie, Sie haben sich die zwei Tage um die Ohren geschlagen und wir sind unter Weid los.“ Und ich Horste ihm feustelig auf die Schulter: „Geholfen ist uns aber allen beiden, Herr Regierungsrat.“ Heulenschreiend trennten wir uns. Aber mir war geholfen. Man ließ mich zunächst in Ruhe.

Es kam dann die Revolution, die mit der niederträchtigen Schikanererei des alten kaiserlichen Systems ein für allemal brach. Am Tage nach der Revolution rückte ich als Bevollmächtigter des A. u. S. Rates gehobenen Hauptes auf das Bezirkskommando. Und wie ich da von den Ungläubigen, die umsonst meine Nase fürchteten, empfangen wurde! — — — Und dann waren die Wahlen. Später wurde ich zum Kreisrat gewählt, und als Vorsitzender der Mehrheitsfraktion, die auch die Mehrheit im Kreise war, konnte ich in einer Kreisratssitzung demselben Landrat, der seinerzeit meine Verhaftung als präsidialer Vaterlandsfeind angeordnet hatte, die Hand aus der Hand nehmen, um den Kreisrat weiter zu leiten, und ich konnte später als Vorsitzender eines über ihn vom Kreisrat eingesetzten Schiedsgerichtes denselben Landrat von der Anklage ihm gemachter schwerer Verwahrnis öffentlich freisprechen, so daß sich der konservative Junker öffentlich herzlich bedankte für die taktvolle und unparteiische Behandlung, die er durch mich erfahren.

Es wendeten sich die Geschide, und wir Wilden sind doch bessere Menschen, als es die Hüter der alten „Ordnung“ waren.

Berliner Hochschulnachrichten. Die erste Nummer dieses vom Nachrichtenamt der Studentenschaft an der Friedrich-Wilhelm-Universität zweimal monatlich herausgegebenen Organs erschien Mitte November. Beteiligt sind an diesem Unternehmen die Studentenschaft der Tierärztlichen, Landwirtschaftlichen und Handelschule.

Theater. Ein von Georg Reiz verfaßtes Lustspiel „Sie“ wird im Raudenhaus noch im Laufe dieses Monats aufgeführt werden. — Am 22. d. M. Theater den Namen die Vorstellungen von heute ab bereits um 7 Uhr abends. — Am Friedrich-Wilhelmshilf. Theater findet am 22. d. M., 11 Uhr, die Uraufführung der „Wächterskizze“ (Feyer und Taus teilen ein Schloßschloß) statt. Lehrer hat das Werk komponiert.

Ein Kauf-Geist gibt A. Weyner demnach als Sondernummer der „Lerne. Wächter für Pädagogik“ (Berlin) heraus. Es enthält von bekannten Theaterkritikern und Musikern Aufsätze zur Pädagogik des Goethe'schen Werkes in seinen wesentlichen Bestandteilen.

Wag Trob und Emil Sinclair erhielten den in diesem Jahr doppel verteilten Kantone Preis, der im vorigen Jahre nicht verliehen wurde, Trob als Anerkennung des Orkanwerks seiner Komposition, Sinclair für „Demian, die Geschichte einer Jugend“.

In Schutzhaft und Hilfsdienst.

Kriegserinnerungen von Erno Reichard.

II.

Inzwischen forderte mein Bezirkskommando von mir — natürlich wieder unter Strafandrohung — Bericht ein und nun sollte ich dem Landratsamt in Aratoschin als Bureauchef überwiesen werden. Binnen fünf Tagen Lebenslauf einreichen, sonst Strafe. Und nun erzählte ich in behaglicher Breite mein lüdnhaftes Leben, wie ich kurz nach Fall des Ausnahmegerichtes in eine sozialdemokratische Zeitung eintrat, wie es da Strafen und Verhaftungen gab und wie ich überall gebrummt habe, auch aus meiner späteren Agitationsstätigkeit. Ach, es ist eine stattliche Reihe von Gefängnissen, die ich da aufzählen konnte. Und was ich sonst für ein prächtiger Kerl bin, das mußte doch der Herr Landrat in Aratoschin alles wissen. Als ehrlicher Mensch konnte ich ihm nicht zumuten, daß er die Rede oder vielmehr den Kerl im Sack kaufte. Aber ich freute mich, einmal das Schreiben in einer Landratsstube von nahem lernen zu können, und deshalb versprach ich Fleiß, Pflichterfüllung und was dergleichen schöne Dinge mehr sind. Den Landrat aus Aratoschin verließ die dies nicht. Wir konnten nicht einig werden, er wollte von mir absolut nichts wissen und das konnte ich ihm absolut nicht verdenken.

Mein Bezirkskommando dachte aber anders über den Fall. Da Sie die für Sie in günstigen Stellen nicht angenommen haben, sind Sie verpflichtet, in A. binnen fünf Tagen als Riegelarbeiter für einen Stundenlohn von 60 Pfennig zu arbeiten.

Also vom Polizeikommissar und stellvertretenden Bürgermeister zu Aratoschin im Kreise Nowitsch zum Riegelarbeiter für 60 Pfennig Stundenlohn.

Das war eine prächtige Metamorphose in so kurzer Zeit. Aber hier brauchte ich keinen Lebenslauf einzureichen. Was in den ersten Fällen der Lebenslauf tat, das sollte nun die persönliche Vorstellung erreichen. Ich habe nie viel Wert auf meine „Employe“ gelegt, jetzt wollte ich einmal als „Mann von annehmlichem Reizheren“ erscheinen. Der Gehrockdanzu wanderte zum Schneider, der Friseur mußte mich heranzukommen. In alten Säulen und Marmors an der Säulen und die selbe Aktentafel unter dem Arm, so stellte ich mich, nachdem ich meine Loggetriebe zurückgelassen hatte, in dem Todaleinlontor in A. vor. Der Gehl vernichte sich sehr vornehm, ließ mir sofort einen Klubstiel zu und nun entwickelte sich folgender Dialog: „Sie bitte, bemühen Sie sich nicht, ich bin der Hilfsdienstpflichtige A. und sollte bei Ihnen als Riegelarbeiter die Stunde für 60 Pf. arbeiten.“ — „Sie spahen, mein Herr, die Zeit ist zu eng dazu.“

„O nein, bitte, meine Ueberweilung. Ich will übrigens gern arbeiten, der Arien verlangt von Patrioten mancher Opfer.“

„Ja, die Arbeit werden Sie aber gar nicht leisten können. Haben Sie denn Wohnung?“

„Nein, ich dachte, die würde ich von Ihnen bekommen.“

Doch der Riegelherr verächtelte mit, daß nur Vorreden da seien, in denen ich mit fremden Arbeiten, Russen usw. kampieren

Sozialistische Gemeinden Groß-Londons.

Laus Amsterdamer „Telegraf“ hat die britische Arbeiterpartei die unbedingte Mehrheit in 13 von den 28 Londoner Bezirken für die Gemeinderatswahlen errungen.

Heimkehr von Kriegsgefangenen.

General Rudant, Vorsitzender der internationalen Waffenstillstandskommission, hat in einer Note an den Präsidenten der deutschen Waffenstillstandskommission mitgeteilt, daß nach einer Entscheidung des französischen Unterstaatssekretärs für Militärjustiz (?) alle bisher in Frankreich zurückgehaltenen und entbehrlich gewordenen Sanitätsoldaten in die Heimat entlassen werden sollen, soweit eine derartige Maßnahme vereinbar ist mit dem Gesundheitszustand der deutschen Kriegsgefangenen und dem dem genannten Unterstaatssekretär zur Verfügung gestellten Transportmitteln. Die Zahl der entbehrlichen Sanitätsoldaten und der Zeitpunkt ihrer Heimkehrung werden noch bekanntgegeben.

Das Reichsnotopfer.

Nach einer vertraulichen Aussprache, die zwei kostbare Sitzungstage beanspruchte, ging der 10. Ausschuss der Nationalversammlung zur sachlichen Beratung des Beschlusses über, das Reichsnotopfer über. Von allen Seiten wurde zwar wiederholt der erste Wunsch geäußert, den Besitz angesichts der ungenügenden Einnahmen des Reiches in einer bisher ungewohnten Höhe zur Steuer heranzuziehen, allein aus den Ausführungen der bürgerlichen Redner klang immer wieder das große Mißbehagen heraus, das die Herren von Hugenberg bis Dernburg über die Art der Besteuerung des Besitzes in der Form des Notopfers empfinden. Der Reichsfinanzminister gab sich zwar alle Mühe, die Bedenken, die insbesondere auch die Herren Becker und Kießer auf Annahmen und Ausnahmen aufbauen, zu zerstreuen. Wie wenig ihm dies, soweit die Vertreter des Besitzes in Betracht kommen, gelungen ist, beweist die Tatsache, daß sich auf neue die Frage aufgeworfen wurde, ob diese oder jene oder eine andere Form der Besitzbesteuerung als zweckmäßiger erscheint.

Aus dem bisherigen Ergebnis der Einzelberatung ist besonders hervorzuheben:

Abgelehnt wird mit 17 gegen 11 Stimmen ein Antrag Dr. Nießer-Dr. Weder, der die Sparkassen und Kreditanstalten sowie die von Körperschaften des öffentlichen Rechts gegründeten und geleiteten Versicherungsanstalten der Abgabepflicht unterwerfen will.

Angenommen wird nach eindringlicher Befürwortung durch die Genossen Ragenstein und Gruber mit 16 gegen 10 Stimmen ein sozialdemokratischer Antrag, die Abgabefreiheit der Kirchen sowie der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften zu streichen.

Angenommen wird ein Antrag Dr. Nießer-Dr. Weder, der die Universitäten, Hochschulen und ähnliche Anstalten und Gesellschaften nächst den ihnen zur Erfüllung ihrer Zwecke angegliederten Stiftungen den Anstalten und Stiftungen, die wegen Ungültigkeit ihrer Mittel vom Reiche, einem Bundesstaate oder einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft durch Zuschüsse unterstützt werden, gleichzustellen und von der Abgabe befreit sind. Die Abgabefreiheit der öffentlichen und dem öffentlichen Verkehre dienenden Sparkassen und gemeinnützigen Kreditanstalten wird unter Ablehnung eines die Streichung dieses Abfahes verlangenden Antrages Dr. Nießer-Dr. Weder im Sinne der Regierungsvorlage beschlossen. Dagegen wird die Abgabefreiheit für Versicherungsanstalten, die von Körperschaften des öffentlichen Rechts gegründet und geleitet sind, gestrichen.

Angenommen wird ferner ein demokratischer Antrag, der die Abgabefreiheit auf die wirtschaftlichen Zweckvereinigungen (ohne öffentlich-rechtlichen Charakter) ausdehnt, sofern sie nicht dem Erwerb dienen. (Danach sind also auch die Gewerkschaften von der Abgabe befreit.)

Angenommen wird ein Antrag, der die Abgabefreiheit der der Kriegsbeschädigten, und Kriegshinterbliebenen für die dienenden Stiftungen, Anstalten oder Vereine an die Voraussetzung knüpft, daß die Verwendung der Mittel im Einvernehmen mit der amtlichen Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge erfolgt.

Angenommen wird endlich ein Antrag Dr. Nießer-Dr. Weder, nach dem politische Parteien und Vereine abgabenfrei sind, ebenso Vereine zur Wahrung wirtschaftlicher Interessen, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist und die bisher von der zuständigen Verwaltungsbehörde als politische Vereine behandelt worden sind.

Die Lage der Postbeamten.

Aus untern und mittleren Kreisen der Postbeamten geht ein längeres Schreiben zu, dem wir folgendes entnehmen:

„In den Jahren vor der Revolution hatte sich Gram und Haß in die Herzen der untern und mittleren Beamten eingeschrieben, als sie sahen, daß Leute, die ihnen an Geist, Wissen und Arbeitskraft unterlegen waren, vorwärts kamen, während sie selber nur bis zu einer bestimmten Barriere aufrücken konnten, über die es kein Hinweg gab — weil der Vater nicht mehr Schulgeld hatte erschwimmen können. Die Hoffnung dieser Beamten war die Revolution. In der Erkenntnis, daß jene Klassen-einteilung in Deutschland zum großen Teil Schuld an dem Zusammenbruch trug, hofften sie, daß nunmehr die Schranken fallen würden und der Aufstieg nur noch nach der Leistung bemessen werden sollte. Die Beamten haben sich getäuscht. Die „höheren“ Beamten haben in der Erkenntnis, daß auf ihre Kräfte nicht verzichtet werden konnte, sich zu einer Macht zusammengeschlossen, der es gelungen ist, fast alle leitenden Stellen aus ihren eigenen Reihen zu besetzen und die Schranken, die nach unten gezogen ist, fester als je zu errichten.“

Doch noch haben wir untern und mittleren Postbeamten die Hoffnung, daß auch uns die Revolution Berechtigung bringen werde, nicht aufgegeben. Das frische Blut, welches die Revolution durch Deutschlands Körper rinnen ließ, wird auch den Beamtenkörper durchströmen und ihn zu einem einheitlichen Ganzen zusammenschließen. Die aus dem gemeinen Soldatenstande hervorgegangenen Heerführer Napoleons I. waren nicht die schlechtesten Führer. Ihnen verdankt Napoleon seinen Ruhm und die Führerschaft, die er über ganz Europa ausdehnte.

Um Wohl unferes Vaterlandes hofft die untere und mittlere Beamtenchaft, daß recht bald die Barriere, die sie von den höheren Beamten trennt, fällt und daß ihre Vorgesetzten aus ihrer Mitte heraus erwählt werden. Nicht der ist allemal der Tüchtigste, der „studiert“ hat, und nicht der, dem es mittels seines Besitzes — den er selbst nicht einmal erworben hat — gelungen ist, sich ein formales Wissen anzueignen, sondern der, der das Leben und die Arbeit am Leben selbst studiert und damit erst recht begriffen hat.

Die Schranken müssen fallen. Der Maßstab für den Aufstieg darf nicht mehr die „Karriere“, sondern muß die Leistungsfähigkeit werden. Freie Wahl dem Tüchtigsten, das gilt auch — und nicht zuletzt — für die Postverwaltung!

Die ägyptischen Streiks in Port Said und Alexandria haben den ägyptischen Baumwollhandel lahmgelegt. Die Eisenbahnern droht, am 7. November in den Streik zu treten. — Der Belagerungszustand ist verhängt.

Industrie und Handel.

Börse.

Umfangreiche Kaufaufträge, die im Zusammenhang mit der Entwertung der Reichsmark aus dem Ausland vorlagen, veranlaßten eine weitere Steigerung an der Börse. Bevorzugt waren wieder ausgesprochene Valutawerte, von denen die Kolonialanleihe etwa 20 Proz., Panama 50 Proz., Nordwestafrika 5 Proz. und Elman Salpeter 50 Proz. gewannen. Auch amerikanische Bahnen waren fest. Für die von ihnen abhängigen Werte hielt die Nachfrage an. Deutsch-Ilbersee erzielten mit etwa 18 Proz. über den gestrigen Schlusskurs. Am Montanmarkt waren vor allen Dingen Gelsenkirchener und Deutsch-Zugenburgische gefragt. Schiffsfahrtsaktien stellten sich teilweise etwas höher. Farbwerte waren eher schwach. Sehr fest waren einzelne Kupferpapiere; heimische Anleihen uneinheitlich.

Groß-Berlin

Veranstaltung der Arbeiter und Betriebsräte

heute nachmittag 5 Uhr, Hildebr. 2/3.

Einrichtung eines Dampfer-Fernverkehrs.

Die Reederei Robeling wird während der Dauer der Meistersperre einen Passagierverkehr von Berlin nach Magdeburg und Stettin aufrecht erhalten. Die Fahrt nach Stettin geht über Eberswalde, Angermünde und Schwedt a. Oder, auf der Fahrt nach Magdeburg wird Brandenburg angelaufen. Jede Fahrt nach Magdeburg oder Stettin dauert etwa zehn Stunden, falls Plätze frei sind, werden auf den Zwischenstationen Passagiere aufgenommen.

Verbot des Autobroschennachverkehrs. Die Klagen des Berliner Publikums über ungeschicktes Benehmen der Kraftbroschenschlepper, besonders bei Nacht, häuften sich derart, daß das Reichsamt für Luft- und Kraftfahrwesen sich entschlossen hat, schärfere Maßnahmen zu treffen. So soll vor allem vom heutigen Tage ab bis auf weiteres der Berliner Kraftbroschenschlepperverkehr von 12 Uhr nachts bis 6 Uhr morgens vollständig verboten werden. Ferner sind zur strengen Überwachung des Kraftbroschenschleppers weitgehende Kontrollmaßnahmen geplant. Die Fahrer haben sich so einzurichten, daß sie spätestens um 12 Uhr nachts von der Straße verschwunden sind. Es wird bei der zurzeit herrschenden Verkehrsnöte ferner nicht gebüdet werden, Automobile auch am Tage vor Häusern und Geschäften, insbesondere vor Spielplätzen, Vergnügungsorten usw. länger als eine halbe Stunde mit oder ohne eingeschaltetem Fahrpreisanzeiger warten zu lassen.

„Dampf“ in der Kohlenverteilungskasse in der Spandauer Straße. In den gestrigen ersten Nachmittagsstunden ist es vor den Räumen der Kohlenverteilungskasse in der Spandauer Straße zu kleineren Unruhen gekommen. Auf der Straße hatten sich etwa 400 bis 500 Menschen angefanen, die bereits mehrere Stunden auf der Straße harrten, ohne daß die Beamten der Kohlenstelle für eine Unterbringung der Wartenden innerhalb des Gebäudes Sorge trugen. Schließlich verbreitete sich das Gerücht, daß die Kohlenstelle bald Schluß machen werde, und daß die auf der Straße Stehenden nicht mehr abgefertigt werden könnten. Darauf erhob sich ein ziemlicher Lärm und die Feiernden versuchten in das Gebäude einzudringen. Da das Tor vom Förstner geschlossen wurde, machten die erregtesten Frauen und Männer ihrem Unmut in energischer Weise Luft. Bei dem allgemeinen Gedränge wurde schließlich die Schaulust der Menge eines neben der Kohlenstelle befindlichen Geschäfts zertrümmert. Die Kohlenstelle rief nun eine Patrouille der Sicherheitspolizei zu Hilfe, welche für Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen sollte. Es gelang den Postbeamten, den Wartenden vernünftig zuzureden; doch war der Schrei über die „Revolution“ vor der Kohlenstelle den dort Beschäftigten derart in die Glieder gefahren, daß der Geschäftsbetrieb plötzlich verstopft und alle auf der Straße Wartenden innerhalb einer Stunde abgefertigt werden konnten.

Der Fremdenverkehr Groß-Berlins erreichte im abgelaufenen Monat Oktober die Ziffer von 131 709 Gästen. Immer stärker tritt das Wiederaufleben des internationalen Verkehrs in die Erscheinung. Aus Oesterreich waren 1468, aus Rußland einschl. der Randstaaten 1223, aus Polen 1245, aus Ungarn 258 gekommen. Die bisher feindlichen Staaten machen sich wieder häßlich bemerkbar. Aus Amerika sind 400, aus Frankreich 224, aus England 204, aus Italien 174, aus Belgien 99 zu verzeichnen. Von den neutralen Staaten erschied am ersten Stelle Holland mit 1975, Schweden mit 1400, Dänemark mit 1228, Norwegen mit 610, die Schweiz mit 432. Die Balkanstaaten entsandten 122, Afrika, Asien, Australien sind ebenfalls schon in den Fremdenlisten, zum Teil ziemlich ansehnlich, vertreten.

Falsche Kavallerie. In den Tiergarten gelockt und beraubt wurde gestern abend ein junges Mädchen von zwei unbekannten Männern. Die „Kavaliere“ sprachen es gegen 7 Uhr in der Tauentzienstraße an und verleiteten es zu einem Spaziergang in den nahen Tiergarten. Hier entziffen sie an einer dunklen Stelle der Abmungsmauer die Handtasche und entließen mit der Beute. Die Tasche enthielt 75 M. bares Geld, eine silberne Halskette mit Perle und Brillanten und Ausweispaß. Die „Kavaliere“ sind etwa 25 bis 30 Jahre alt und mittelgroß. Der eine trug einen feidbraunen Mantel und eine Sportmütze. Er hat Zahnfüden im Oberkiefer.

Töblicher Erreg. Nach Genuß eines Grogs plötzlich erkrankt und gestorben ist der 59 Jahre alte Kaufmann Salomon Posener aus der Wallstraße. Er ließ sich vorgestern abend aus einem Geschäft in der Turmstraße zum holen und daraus einen Grog bereiten. Gleich nach dem Genuß bekam er heftiges Erbrechen, das auch die Nacht hindurch und den gestrigen Tag über nicht zum Stillstand kommen wollte. Gestern abend starb der Mann. Es wird vermutet, daß der Rum Weissholzföhöl enthalten habe. Die Leiche wurde beschlagnahmt, eine Untersuchung des Getränkes eingeleitet.

Töblicher Unfall. Auf der Wilmersdorfer Schnellbahn hat sich gestern ein schwerer Unfall ereignet, dem leider ein Menschenleben zum Opfer gefallen ist. Gestern früh waren fünf Arbeiter mit Ausbesserungsarbeiten auf der Untergrundbahnstraße Heidelberger Platz und Radesheimer Platz beschäftigt. Als sie sich gegen 5 Uhr auf dem Wege zum Bahnhof Heidelberger Platz befanden, überschritten sie entgegen der bestehenden Vorschrift das Gleis, auf dem jeden Augenblick der von der Station Radesheimer Platz abgehende Arbeiterzug herannahen mußte. Die Arbeiter bemerkten, da die Strecke kurz vor Bahnhof Heidelberger Platz einen Bogen beschreibt, den entgegenkommenden Zug erst im letzten Augenblick. Nur vier Arbeiter vermochten rechtzeitig sich in Sicherheit zu bringen, während der Streckenarbeiter Alexander Sailer aus der Solmsstraße 6 in Berlin vom Zuge erfaßt, überfahren und getötet wurde. Dem Bedauernswerten wurde der Kopf vom Rumpfe getrennt.

Entschädigung der Auslandsdeutschen. Die Bearbeitung der Entschädigungsbewerben der Auslandsdeutschen wird vom Reiche dem Reichsausschuss für die Angelegenheiten der Auslandsdeutschen übertragen. Deshalb müssen alle zurzeit in Deutschland befindlichen Reichsdeutschen, soweit sie nicht Ortsgruppen des Bundes der Auslandsdeutschen angehören, Adresse und näheren Aufenthaltsort im Ausland dem V. d. A. auf Postkarte nur (so) mitteilen. Weitere Mitteilungen durch die Tagespresse.

Tauentzien-Palast! Ein fantastisches Schauspiel von Fritz Opitz „Im Schatten des Geldes“, erlebte Freitag seine Uraufführung. Bemerkt sei im weitestgen Ausmaß „Ja, da muß doch in der Weltung...“ zur Aufklärung.

Spandan. 1 Prozent Grunderwerbsteuer. Die städtischen Körperschaften haben beschlossen, einen Zuschlag zur Grunderwerbsteuer in Höhe von 1 Prozent des gemeinen Wertes des Grundstücks zu erheben.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Wankow. Infolge weiteren Rückganges der Einkünfte an Fleischkäse können vom 6. d. M. in den Geschäften, welche von der Firma Sponowitz mit Milch beliefert werden, auf A-Karten nur 1/2 Liter und auf B-Karten nur 1/4 Liter Milch bis auf weiteres verabfolgt werden. Als Ersatz wird ein Pfund Reis ausgegeben. Bezugskarte werden vom 6. ab gegen Vorlegung der abgestempelten A- und B-Karten in der Fleischabteilung, Breite Str. 1, Zimmer 16, ausgetauscht.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

16. Abt. Bezirksleiter und Betriebsvertrauensleute. Die Reichsliste zum 9. November ist beim Gen. Schubert, Wilmersdorfer Str. 3, in Empfang zu nehmen.

37.—41. Abt. Funktionäre und Betriebsvertrauensleute! Heute abend 7 Uhr Sitzung in den Armeehäusern Bremer Straße.

Verbandsausch für Post und Telegraph. Donnerstag, den 6. d. M. abends 7 1/2 Uhr im Sitzungssaalnummer Telegraphstr. 7. Gruppenleiterkonferenz. Erscheinen dringend erforderlich. Im Bedingungsfall Vertreter entsenden.

Regel. Heute 7 1/2 Uhr Extragababend Schulaula, Treptowstraße. Vortrag: Sozialisierung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten. Dez. 6 SW. Um 6. d. M. abends 7 Uhr: Auktorientische Generalversammlung im Volkshaus-Kaffee, Bellealliancestr. 27.

Gewerkschaftsbewegung

Auf zum Hungerstreik!

Immer offensichtlicher zeigt es sich, daß es nur ein Scheinmönch ist, wenn die Generalstreikpostel die Differenzen des Metallarbeiterstreiks als Grund angeben für ihre Propaganda zum allgemeinen Generalstreik. Die Unabhängigen und Kommunisten beabsichtigen vielmehr, die Gedankfeler der Revolution auf ihre Art zu begehen, d. h. indem wieder einmal alles drunter und drüber geht.

Daß dem so ist, dafür ist der in der „Freiheit“ wiedergegebene Bericht über die Vollversammlung des unabhängigen und kommunistischen Vollzugsrats der trefflichste Beweis. Während noch am Sonnabend nach den Verhandlungen mit den Metallindustriellen der Berliner Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes Rusch erklärte: „Einen Generalstreik können wir nicht mehr zustande bringen. Die Öffentlichkeit würde jetzt einen Generalstreik nicht mehr verstehen, es schilt uns jegliche Parole!“ stellte sich derjelbe Mann am Dienstag in der Versammlung hin und blies mit vollen Backen für den Generalstreik!

Wöge er sich abfinden mit der Anschauung seines Spezi Richard Müller, der in der Sonnabendigung es für Demagogie erachtete, wenn man jetzt noch scharr für den Generalstreik eintritt, wo die Arbeiterschaft völlig abgelaumpft ist.

Wie volksfreundlich und human die Propagandisten des Generalstreiks verfahren wollen, wenn es ihnen gelingt, die Berliner Arbeiterschaft vor ihnen in den Dred gefährnen politischen Karren zu spannen, dafür folgende Stellen aus dem „Freiheit“-Bericht:

Rusch (R. V. D.) gibt für seine Partei und Fraktion die Erklärung ab, daß sie bereit seien, in dem Aktionsauschuss tatkräftig mitzuarbeiten. Sie würden aber sofort austreten, wenn irgendwelche sentimentale Anwandlungen die zu ergreifenden Maßnahmen hemmen sollten. (Starkes Braus!)

Urbau, der Vertreter der Lebensmittelbranche, tritt für Einbeziehung dieser Branche in den Streik ein, wofür er förmlichen Beifall erntet. Habe die Arbeiterschaft 5 Jahre für die Interessen der Bourgeoisie gekämpft, so werde sie auch einige Tage für die Sache des Proletariats hungern.

Bei Leuten dieses robusten Kalibers kann sich die Berliner Bevölkerung bedanken, wenn — vorausgesetzt, daß die Berliner Arbeiter auf den Generalstreikhumbung hincinsinken — in den nächsten Tagen die Lebensmittelversorgung und anderes stöck, wenn Männer, Frauen und Kinder über das sible Maß hinaus darben, hungern und frieren müssen. Das traurigste bei dieser Propaganda des Streiks ist es, daß solche Ausführungen gemacht werden können, ohne daß einer der Anwesenden gegen das Verbrecherische dieser Absicht protestiert.

Offenbar glauben die Drahtzieher dadurch, daß die Berliner Arbeiter während der Erinnerungstage der russischen und deutschen Revolution hungern und frieren, am würdigsten die brüderliche Solidarität mit dem hungernden und frierenden russischen Proletariat dokumentieren zu können.

